

Nr. XIX. GP-NR
583 /J
1935 -02- 0 9

A n f r a g e

der Abg. Dr. Pumberger, Mag. Haupt, Dr. Salzl, Mag. Dr. Grollitsch
an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz
betreffend Patienten mit Ernährungssonden in Alten- und Pflegeheimen

Die "Oberösterreichischen Nachrichten" vom 10.12.1994 berichten:
"Immer öfter weigern sich Heime, Bewohner wieder aufzunehmen, die nach Operationen zur Ernährung eine Sonde oder zur Atmung eine Kanüle brauchen. Dadurch werden wichtige Spitalsbetten blockiert. ...Angelpunkt war eine neue bundesgesetzliche Regelung, die festlegte, Patienten mit Ernährungs-sonden und Kanülen dürften in Alten- und Pflegeheimen nicht mehr aufgenommen werden.. Diese harte Regelung versuchte der oö. Gesundheitslandes-rat Ackerl durch einen Erlaß zu mildern: Wenn mindestens eine diplomierte Schwester im Heim Dienst macht und eingeschulte Pflegehelfer zur Verfügung stehen, kann Sondenernährung auch in Heimen durchgeführt werden, verfügte er. Immer mehr Heime aber halten diesen Erlaß nicht für ausreichend ... und lehnen es ab, Heimbewohner, die sich einer Operation unterziehen müssen, danach wieder zurückzunehmen, weil sie Sondenernährung brauchen. ... Das Ergebnis ist, daß immer mehr Betten in den in Frage kommenden Abteilungen der Spitäler von Sondenpatienten belegt werden und andere Kranke, die einer spezifischen Behandlung bedürfen, lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen oder nicht behandelt werden können."

Aus der Pflegehelferverordnung, BGBl. Nr. 102/1961, i.d.F. BGBl. Nr. 449/1990, geht nicht hervor, daß Pflegehelfer theoretisch und/oder prak-tisch für die Pflege von Sonden- und Kanülenpatienten ausgebildet werden.

Um eine Kostenentlastung im Spitalswesen herbeizuführen, ohne die sichere Versorgung der Sonden- und Kanülenpatienten einzuschränken, sollte die Ausbildung der Pflegehelfer in Alten- und Pflegeheimen in diesem Bereich verbessert werden, so daß das Personal und das Management dieser Alten- und Pflegeheime in der Lage sind, solche Patienten mit gesetzlicher Deckung ordnungsgemäß betreuen zu können.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz die nachstehende

A n f r a g e :

1. An welchen österreichischen Ausbildungsstätten erhalten Pflegehelfer derzeit eine ausreichende Ausbildung hinsichtlich der Pflege von Patienten mit Ernährungssonden und / oder Atmungskanülen ?
2. Wie viele Pflegehelfer in Österreich haben bisher eine derartige Ausbildung genossen ?
3. Wieviele dieser Pflegehelfer sind in Alten- und Pflegeheimen tätig ?
4. Wieviele Patienten mit Ernährungssonden und/oder Atmungskanülen belegen im Jahresdurchschnitt Spitalsbetten, weil sie von Alten- oder Pflegeheimen nicht (mehr) aufgenommen werden ?

5. Da Sie im Gesundheitsausschuß des Nationalrates am 1.2.1995 eine Lösung dieses Problems in Aussicht stellten:
Werden Sie die Pflegehelferverordnung in Richtung einer Ausbildungsverbesserung hinsichtlich Pflege von Patienten mit Ernährungs sonden und/oder Atmungskanülen ändern ?
6. In welchen sonstigen Gesetzen und Verordnungen müßten Änderungen vorgenommen werden, um dem Personal und dem Management in Alten- und Pflegeheimen die gesetzliche Deckung zu geben, Patienten mit Ernährungs sonden und/oder Atmungskanülen ordnungsgemäß in Pflege nehmen zu können ?